

Nachrichten für Raunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einsch. der Postgebühren Mk. 9.30. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Pächzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Anzeiger Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nebenaufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Raunhof Nr. 2.

Druck und Verlog: Wanz & Gule, Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 5

Mittwoch, den 12. Januar 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

In der Woche vom 10. — 16. Januar 1921 erhalten Versorgungsberechtigte

50 gr Butter — 1,25 Mk.

auf den Abchnitt der Fettmarkte X.

Grimma, 7. Januar 1921.

15 Pfg.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Nach Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 10. Dezember 1920 (Schl. Staatszeitung vom 11. Dezember 1920 Nr. 286) ist zur Bekämpfung bezw. Verhütung der Maul- und Klauenseuche eine allgemeine Rattenvergiftung bis zum 15. Januar 1921 vorzunehmen. Um die Rattenplage mit Erfolg bekämpfen zu können, wird die Verwendung von Rattengift empfohlen, die am besten mittels Sammelbestellungen durch die Gemeinden in den meisten Apotheken oder auch von der Zentralauskunftsstelle Halle und Landwirtschaftskammer Halle bezogen werden können. Die Mittel sind ohne Rücksicht auf die Erhaltung der Gesundheit für Menschen und Haustiere. Grimma, 8. Januar 1921. 2517 e.

Die Amtshauptmannschaft.

Um in Oberschlesien den Bau von Baracken für Unterkunftswecke während der Abklimmung zu vermeiden, ist beabsichtigt, möglichst viel Kinder aus ober-schlesischen Dörfern, wo die Unterkunftsfrage für die erwarteten Stimmgäste nicht ausreicht, auf die Dauer von 4 Wochen (14 Tage vor bis 14 Tage nach dem Tage der Abklimmung) in die benachbarten Provinzen Mittel- und Niederschlesien, Brandenburg, Provinz und Preussisch-Sachsen zu entsenden.

Vorbedingung ist, daß sich die Eltern verpflichten, für jedes abgegebene Kind ein Bett für einen stimmungsberechtigten Gast unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Befähigte Familien, die solche Kinder bei sich aufnehmen bereit sind, wollen dies bis spätestens den 13. d. M. im Meldeamt des Rathauses hier Zimmer 11 melden.

Raunhof, am 10. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Meine Zeitung für eilige Leser.

Nach neueren Entscheidungen ist die für den 15. d. M. geplante Wiederaufnahme der Brüsseler Sachverständigenkonferenz bis nach dem 19. d. M. stattdessen Zusammenkunft der Minister der Entente verlegt worden.

Die Volksabstimmung in Bremen ergab eine starke bürgerliche Mehrheit.

Die italienische Regierung hat jetzt ebenfalls das beschlagnahmte deutsche Eigentum freigegeben.

Die Senatswahlen in Frankreich sind günstig für den Ministerpräsidenten Legeré ausgefallen.

Zum Bischof von Indien ernannte der König von England den Lord Reading.

Der kalifornische Senat faßte einen Beschluß gegen jede Erleichterung japanischer Einwanderung.

Alarm!

Während die deutsche Regierung sich abmüht, an den Entscheidungen des Obersten Rates für Oberschlesien wie an den Abstimmungsbedingungen der Interalliierten Kommission in Opatowitz wenigstens die allergrößten Begünstigungen der Polen nach Möglichkeit abzuschwächen, geben die Polen offensichtlich darauf aus, hinter den Kulissen Tatsachen zu schaffen, mit denen sich ungleich mehr erreichen läßt als mit Protesten und Stimmgeldern. Alle Nachrichten, die der deutschen Regierung in den letzten Tagen und Wochen zugekommen sind, bestätigen die Überführung starker Truppenkörper von der polnischen Front im Osten an die polnische Westgrenze, wo sie zur unmittelbaren Bedrohung Oberschlesiens aufgestellt werden. Noch vor drei Monaten war der ganze Grenzzug von Danzig hinunter bis Bielsa mit ganzen 7500 polnischen Grenzwachreitern besetzt, jetzt sind daraus allein an der ober-schlesischen Grenze durch Ausbildung irregulärer Truppenkörper 17 000 Mann geworden. Darüber hinaus aber ist in der Provinz Polen eine Reserve-Infanteriebrigade von drei Regimentern neu hinzugekommen, und dicht jenseits der ober-schlesischen Grenze sind von der russischen Front zwei, ferner in Westpreußen anderthalb Divisionen festgestellt worden, so daß hier bereits eine Stärke von 100 000 Kämpfern erreicht ist. Rechnet man hinzu, was an weiteren Truppen unterwegs ist, so muß mit einer Gesamtsstärke von 170 000 Mann gerechnet werden.

Damit hat Polen jederzeit die Macht, die deutsche Grenze zu überrennen, und daß es auch den Willen dazu hat, unterliegt nach gewissen Offiziersreden, über die in der Ententezeitung kürzlich ganz offen berichtet wurde, nicht dem geringsten Zweifel. Ebenso müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß mit diesen ziemlich offenen Kriegsvorbereitungen in Warschau gewisse geheime Aufstandspläne der polnischen Kampforganisationen in Deutschland Hand in Hand gehen. Die Gefahren, die durch alle diese Maßnahmen heraufbeschworen wurden, werden von der deutschen Regierung als so unmittelbar drohend empfunden, daß sie die fremden Mächte bereits durch ihre Vertreter auf den Ernst der Lage aufmerksam machen ließ. Dieser

Schritt war auch in der Tat um so notwendiger, als den 170 000 Polen ganze 10 000 Franzosen und 3000 Italiener gegenüberstehen, die Polen also im Ernstfalle von dieser Seite her keinen nennenswerten Widerstand finden würden. Es kommt hinzu, daß die Franzosen ja, wie bekannt, sich auch in Oberschlesien als die intimsten Verbündeten der Polen fühlen und es deshalb sicherlich ablehnen werden, gegen sie zu kämpfen. Die gewaltige „Streitmacht“ der Italiener hat General Lerond aber vorsorglichweise bereits auf das linke Ufer hinübergeschoben, so daß sie erst dann in Aktion treten könnte, wenn auf dem rechten Ufer die Entscheidung längst gefallen wäre.

Bei dieser Sachlage entsteht die gar nicht ernst genug zu nehmende Frage, wie die ober-schlesischen Schutzmächte noch auf einen ruhigen Verlauf der Abstimmung rechnen können, wenn sie nicht vorher noch, und zwar mit aller Beschleunigung, für einen gründlichen Wandel der Verhältnisse Sorge tragen. Die deutsche Regierung wird es an nachdrücklichen Aufforderungen dazu nicht fehlen lassen. Aber mit schönen Redensarten, wie wir sie kürzlich noch von Herrn Lerond zu hören bekamen, wird es nicht mehr getan sein. Die Polen sind wohl auch in den Ländern der Entente dafür bekannt, daß sie es lieben, vollendete Tatsachen zu schaffen, wo andere Leute sich auf ihr Recht und nur auf ihr Recht verlassen zu können meinen. Sie leben des ungleich nachhaltigeren Glaubens, daß Rechte auch durch rechtswidrige Tatsachen erzeugt werden können, daß, wenn und wo sie sich einmal, zu Recht oder zu Unrecht, festgesetzt haben, keine Gewalt der Erde sie wieder vertreiben werde, besonders wenn es in der Zwischenzeit ihrem Staatspräsidenten Pilsudski bei seinem Pariser Besuch gelingen sollte, Frankreichs Schicksal noch enger als bisher schon an das Schicksal des Völkereiches zu binden.

Dann könnten England und Amerika noch so unwillig die Stirn runzeln, die Polen würden es schon verstehen, zu bleiben, wo sie sind oder zum mindesten einen Teil ihres gewaltigen „eroberten“ Bestes gegen andere ihnen gleichfalls nicht zutreffende Wertobjekte einzutauschen. Und schimmstenfalls, wenn sie ganz sicher gehen wollen, brauchte nur einer ihrer Generäle dazu bestimmt werden, in Oberschlesien die gleiche Rolle zu übernehmen, wie sie dem General Dolachowicz im vorigen Jahre für Weißrussland übertragen wurde — dann kann man in Warschau abermals seine Hände in Unschuld waschen und sich doch darauf verlassen, daß dieser d'Annunzio für Polen aus Oberschlesien alles nur irgendwieweils Erreichbare schon herausgeholt wird. Kurz, die Polen spielen auch jetzt wieder ein gewagtes Spiel, aber sie tun es nur im Vertrauen auf die Nachricht, so auf das flüschweigende Einverständnis ihrer Freunde in der Entente, und wenn sie in dieser Beziehung nicht rechtzeitig von Paris oder doch wenigstens von London her eines Besseren belehrt werden, so kann die Katastrophe schon heute oder morgen über uns hereinbrechen.

Wer dazu beitragen kann, dieses neue Kriegunglück von Europa abzuwenden, der soll es tun, ehe es zu spät wird. Die Folgen würden schlimmer sein, als Menschenweisheit sich heute wohl noch träumen läßt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kampf um die Dieselmotoren hat zu einer neuen deutschen Rolle an die Entente geführt. Es heißt darin u. a.: „Die Boischasterkonferenz hat ihren Beschluß an zwei Bedingungen geknüpft. Sie verlangt erstens am 31. März 1921 einen Bericht über den Standort und Verwendung aller Dieselmotoren, die am Tage des Waffenstillstandes U-Booten zugehört oder von der deutschen Regierung für U-Boote bestellt gewesen sind. Zweitens fordert sie, daß in der Zwischenzeit der Kontrollkommission die Kontrolle über die Verwendung der Motoren dieses Typs in jeder Weise erleichtert werde. Die deutsche Regierung ist bereit, diese beiden Forderungen zu erfüllen, nicht weil sie eine Verpflichtung dazu anerkennen könnte, sondern, weil sie keinen Grund hat, die Art der Verwendung dieser Maschinen abzuwehren, und weil sie den alliierten Mächten beweisen will, daß der deutsche Dieselmotor in der Tat ein Friedenswerkzeug ist.“

Senator McCormick über Oberschlesien. Senator McCormick, der Freund des neuen amerikanischen Präsidenten, der kürzlich Deutschland bereiste, erklärte einem Pariser Journalisten, wenn die Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens ausfallen würde, so glaube er auf Grund der Befragungen, die er in Berlin gehabt habe, daß Deutschland diese Entscheidung nur unter dem Druck der Gewalt annehmen werde. McCormick hat weiter gesagt, daß ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis zweifellos die deutsche Produktionskraft beträchtlich erhöhen werde, und daß infolgedessen in diesem Fall die Gläubiger Deutschlands ein Recht hätten, höhere Forderungen auf dem Gebiete der Wiedergutmachung zu stellen.

Der Raub unserer Rheinflotte. Nach einer Habas-Bekundung wird zu dem von der Associated Press verbreiteten Schiedspruch des Amerikaners Hynes über die Ablieferung eines großen Teils der Rheinflotte noch mitgeteilt: Die Vermittlung der deutschen Rheinschiffahrt-Flotte zwischen Frankreich und Deutschland bildet keinen Bestandteil der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Reparationen und darf nicht mit dem Teil der

Fluchtschiffahrtflotte verwechselt werden, der an die Alliierten als Ersatz für den während des Krieges verlorenen Fluchtschiffahrtstraum geliefert werden muß. Hynes fordert, daß Deutschland Frankreich ein Ausschiffrecht über die Aktien gewisser Rheinschiffahrtsgesellschaften gewährt.

Sozialistische Wahlniederlage in Hanau. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben: für den Handwerkerliste 1908, für die bürgerliche Gemeinschaft (Demokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) 8857, für die Sozialdemokraten 4229 und für die Kommunisten 5888 Stimmen. Gewählt sind 4 Handwerker, 19 bürgerliche Gemeinschaft, 8 Sozialdemokraten und 11 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien haben damit die Mehrheit erhalten.

Bürgerlicher Wahlsieg in Bremen. In Bremen fand am Sonntag eine Volksabstimmung über die Frage statt, ob die Bremer Stadtwehr — eine Selbstschutz-Organisation — beibehalten oder abgeschafft werden soll. Die sozialistische Mehrheit hatte die Abschaffung beschlossen, der Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, hat sich geweigert, diesen Beschluß auszuführen. In der Stadt Bremen wurden 153 071 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 87 610, mit Ja 65 461. In Bremen Land wurden 6206 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 3200, mit Ja 2992. In Vegesack stimmten 1568 mit Nein und 818 mit Ja, in Bremerhaven 6337 mit Nein und 4744 mit Ja. Das Gesamtergebnis ist eine sichere Mehrheit für die Beibehaltung der Stadtwehr. In 45 Tagen muß auf Grund dieser Abstimmung eine Neuwahl der Bürgerschaft stattfinden.

Amnestierung des Oberleutnants Vogel. Oberleutnant Vogel, der im Zusammenhang mit der Tötung von Liebknecht und Rosa Luxemburg im Mai 1919 vom Kriegesgericht zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden war, und der sich der Verbüßung der Freiheitsstrafe durch die Flucht nach Holland entzogen hatte, ist jetzt auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Gewährung von Straffreiheit amnestiert worden. Den Antrag auf Amnestierung hatte der Verteidiger Bogels gestellt, die Strafkammer des Landgerichts 2 hat ihn durch Beschluß vom 28. Dezember stattgegeben. Der Staatsanwalt hat gegen diesen Beschluß Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Eine Entscheidung auf diese Beschwerde ist noch nicht ergangen. Die Staatsanwaltschaft hat den Steckbrief noch nicht zurückgezogen. Vogel, dessen Angehörige von dem Verteidiger von dem Beschluß der Strafkammer unterrichtet worden sind, ist bereits nach Deutschland zurückgekehrt.

Italien.

Freigabe deutschen Eigentums. Die italienische Regierung hat eine Verfügung erlassen, derzufolge die italienische Regierung die von der deutschen Regierung mit Bezug auf italienisches Eigentum ergriffenen Maßnahmen begründet und auf das Italien nach dem Verträge von Versailles zustehende Recht der Beschlagnahme deutschen Eigentums verzichtet, soweit dessen Wert der gegenwärtigen Marktlage zu bemessender Wert die Summe von 50 000 Lire nicht übersteigt. Die Bewertung umfaßt lediglich das Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Italien und den Kolonien; falls jedoch die deutschen Staatsangehörigen über größeres Eigentum im Auslande verfügen, so soll ihr in Italien befindlicher Kleinbesitz nicht freigegeben werden.

Spanien.

Attentat auf den Gouverneur von Valencia. Als der Zivilgouverneur im Wagen das Theater verließ, gab ein Dutzend Leute gegen 30 Revolverkugeln auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Durch die Schüsse wurden ein Polizist und ein Kind schwer verletzt. Die Angreifer ergriffen sofort die Flucht, und keiner von ihnen konnte festgenommen werden.

Aus In- und Ausland.

Gleiwitz. Die Interalliierte Kommission hat dem Lehrer Hartmann aus Gleiwitz, der seit 20 Jahren in Oberschlesien tätig, mitin laut Abstimmungsreglement abstimmungsaberechtigt ist, einen Ausweisungsbescheid zugestellt.

London. Englischen Blättern zufolge beträgt die Zahl der englischen Arbeitslosen eine Million. Die Regierung beabsichtigt, in den staatlichen Fabriken und Docks zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitswoche um einen Tag zu kürzen.

Die Aufwendungen für die Beamten.

Nicht 7, sondern 2,8 Milliarden.

Durch die Presse geht ein Bericht über eine Bestimmung der Eisenbahner-Organisation über die Rede, die der Reichsfinanzminister in der Freitag-Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats gehalten hat. Die Erregung soll darauf zurückzuführen sein, daß der Reichsfinanzminister von Aufwendungen des Reiches in Höhe von 7 Milliarden gesprochen habe, während Staatssekretär Schroeder die Kosten für die allenfalls zu bewilligenden Beamtenforderungen mit 2 1/2 Milliarden angegeben habe. Es ist zutreffend, wird dazu amüßig bemerkt, daß der Reichsfinanzminister von 7 Milliarden Markt gesprochen hat; aber nicht im Zusammenhang mit den neuen Beamtenforderungen, sondern gelegentlich eines Vergleiches der Etats für 1921 und 1920. Er führte aus,